

"Amerika zu den europäischen Problemen" in Luxemburger Wort (6. Juni 1947)

Legende: Am 6. Juni 1947 analysiert die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort die am Vortag vom amerikanischen Staatssekretär, George Marshall, in Harvard gehaltene Rede und setzt die Europa zugesagte amerikanische Hilfe in Parallele mit der Absicht der Sowjetunion, eine Balkan-Föderation zu etablieren.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 06.06.1947, n° 157; 100e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Amerika zu den europäischen Problemen", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/amerika_zu_den_europaischen_problemen_in_luxemburger_wort_6_juni_1947-de-4a381286-61c4-4cde-86c8-fb63f6ded22a.html

Publication date: 02/07/2015

Amerika zu den europäischen Problemen

US-Staatssekretär Marshall erwartet von Europa die Aufstellung eines gemeinsamen Wiederaufbauplanes

WASHINGTON, 6. Juni. In diplomatischen Kreisen Washingtons erwägt man die Möglichkeit, daß der kommunistische Staatsstreich in Ungarn Maßnahmen zur Errichtung einer Balkan-Föderation sowjetrussisch beherrschter Staaten in Südost-Europa zur Folge haben könne. Marschall Tito von Jugoslawien sei bisher als entschiedener Verfechter der Idee einer Balkan-Föderation aufgetreten, und diese Entwicklung erscheine durchaus im Bereich des Möglichen. Ebenso wie den Regierungswechsel in Ungarn würde man dies als eine russische Erwiderung auf das amerikanische Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei auffassen müssen und gleichzeitig als Schritt zur Festigung eines sowjetrussischen Blocks, bevor die endgültige Ratifikation der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten Rußland zur Rücknahme seiner Besetzungstruppen zwingt.

Man sagt in diplomatischen Kreisen außerdem als nächsten sowjetischen Schritt in Osteuropa den Versuch einer kommunistischen Beherrschung der Tschechoslowakei voraus.

Demgegenüber plant Amerika die Aufstellung einer Übersicht der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt, um die Höhe weiterer finanzieller Unterstützungen für fremde Staaten bestimmen zu können. An dieser Arbeit soll das Finanzministerium und der nationale Beirat teilhaben, der aus dem Außenminister, dem Finanzminister, dem Handelsminister und den Leitern des „Federal Reserve Board“ und der Export-Import-Bank besteht.

General Marshall hat gelegentlich seiner Ernennung zum „Doctor honoris causa“ an der Universität Harvard eine Rede gehalten, in der er an Europa die Aufforderung richtete, ein umfassendes Wiederaufbauprogramm zu entwickeln.

Er läßt sich dabei von dem Gedanken leiten, daß die europäischen Länder dazu überredet werden müssen, ein aktiveres Interesse für den Wiederaufbau ihres Kontinents im Ganzen zu entwickeln und einen Aktionsplan auszuarbeiten, dessen Hauptpunkt die Steigerung der Lebensmittel und Kohlenproduktion sein muß.

Denjenigen Staaten, die sich zur Mitarbeit an einem gemeinsamen Programm bereiterklärten, sagte Marshall wirtschaftliche Unterstützung seitens der USA zu.

Europa brauche für die nächsten drei oder vier Jahre wirksame Hilfe von außen, fuhr Marshall fort, wenn sich seine Lage auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet nicht in katastrophaler Weise verschlechtern soll.

Jede finanzielle oder sonstige Hilfe der Vereinigten Staaten müsse von durchgreifender Wirkung sein, um für Europa nicht nur ein Linderungsmittel, sondern eine wirkliche Heilung zu bedeuten.

Ehe jedoch die Vereinigten Staaten Europa ihre Hilfe zuteil werden ließen, müßten sich zunächst die europäischen Staaten über die Erfordernisse der Gegenwart und die Rolle, die sie selbst beim Wiederaufbau übernehmen wollen, einigen.

Der europäische Wiederaufbau-Plan müsse im gegenseitigen Einvernehmen der meisten, wenn nicht aller Staaten Europas ausgearbeitet werden, fuhr Marshall fort. In Europa entwickle sich gegenwärtig mit zunehmender Geschwindigkeit eine sehr ernste Lage, die „nichts Gutes für die Welt bedeuten kann“.

Das Unvermögen der Großmächte, sich über die Friedensverträge für Deutschland und Österreich zu einigen, hätte eine schwerwiegende Verzögerung des europäischen Wiederaufbaus zur Folge.

Präsident Truman verteidigt die Europa-Hilfe

Washington, 6. Juni. Präsident Truman gab gestern die Ernennung des früheren Gouverneurs von Nebraska, Dwight P. Griswold zum Leiter der amerikanischen Mission für Griechenland bekannt.

Er erklärte weiter auf einer Pressekonferenz, daß Richard F. Allen die Verwaltung des 350 000 000 Dollar-Hilfsfonds übernehmen werde.

Im weiteren Verlauf der Konferenz nahm Truman zu einer Erklärung des republikanischen Senators Taft Stellung, der dem Präsidenten vorgeworfen hatte, die Politik der Preissenkungen fallen gelassen zu haben zu Gunsten der größeren Aufwendungen im Ausland, die die Preise hochhalten würden. Das Argument Tafts, daß eine große Nachfrage hohe Preise rechtfertige oder erforderlich mache, sei falsch und gefährlich.

Die Regierung habe sich nicht zu der Hilfe für Griechenland und die Türkei entschlossen, um die Preise zu senken, sondern um Millionen hungernder Menschen bei dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu helfen und sie „gegen totalitäre Aggressionen“ zu schützen.